



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 44884 - 33
Fernschreiber 0886890

P/XIII/275 - 3. Dezember 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Berlin vertritt Deutschland Von Willy Brandt, Regierender Bürgermeister von Berlin.	32
2 - 3	"Gemeinsame Außenpolitik" Zu Dr. Adenauers Rede vor der CDU-Bundestagsfraktion	61
4 - 5	Großbritannien und die Berliner Krise Verhandeln, ehe die nächste Krise sich entwickelt?	54
6 - 7	Terror in Franco-Spanien - eine europäische Schande Unmenschliche Justiz - Sozialisten verhaftet und mißhandelt	64

* * * * *
* * * * *

Berlin vertritt Deutschland

Von Willy Brandt, Regierender Bürgermeister von Berlin

Am 7. Dezember wählt das Freie Berlin. Diese Wahlen unterscheiden sich im Prinzip durch nichts von anderen demokratischen Parlamentswahlen. In ihrer Bedeutung hingegen sind sie heute mehr noch als beispielsweise 1946, als die Stadt noch nicht gewaltsam gespalten war, oder 1950, nach der Überwindung der Blockade, umfassender und tiefgreifender als Wahlen in den westdeutschen Landtagen. Die Entscheidung der Westberliner ist diesmal nicht nur symbolisch, sondern unmittelbar mit dem aktuellen weltpolitischen Geschehen verflochten.

Worum geht es am 7. Dezember in Berlin? Es geht - wie bei demokratischen Wahlen immer - um die politische Führung und um den Kurs, der in den kommenden Jahren gesteuert werden soll. Es geht - soweit die Bereiche der Landespolitik betroffen sind - um die Wege, die bei der Gestaltung des politischen, des wirtschaftlichen, des kulturellen und des sozialen Lebens beschritten werden sollen. Es geht in diesem Zusammenhang auch darum, ob die sozialdemokratische Führung bestätigt wird, oder ob die CDU durchragt mit ihrem Ruf nach einem Vertrauensvotum für "Born" und mit ihrer Drohung, daß hiervon der künftige Bundeszuschuß abhängt.

Die kommunistische SED ist aufgrund der Vier-Mächte-Vereinbarungen in Westberlin zugelassen und beteiligt sich an den Wahlen. Die Berliner werden daher zugleich - das gehört zum bedeutungsvollen Charakter dieser Wahlen - am 7. Dezember in ihren Wahlkabinen unbeeinflusst zu den in den sowjetischen Noten aufgeworfenen Fragen Stellung nehmen. Sie werden unmißverständlich zum Ausdruck bringen, was sie wollen, und an der Zahl der SED-Stimmen wird man ablesen können, wieviel Berliner die neuen "Vorschläge" zu akzeptieren geneigt sind.

In diesem Sinne werden die Berlinerinnen und Berliner am kommenden Sonntag zu einer Art Volksabstimmung an die Urnen gehen und zwar zu einer Abstimmung, die sie in diesem Augenblick stellvertretend für ihre Landsleute in West und Ost vornehmen. Wer das Wort vom Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht nur als inhaltslose Phrase auffaßt, wird an der freien Entscheidung des Volkes von Berlin nicht vorbeigehen können.

"Gemeinsame Außenpolitik"?

sp - Dr. Adenauer hat sie gefordert, die gemeinsame Außenpolitik. Er meinte, die Situation sei so ernst, daß man alles Trennende beiseite lassen müsse. Eine große westdeutsche Zeitung zehrt bereits vom Gedanken an eine Regierung der Nationalen Union.

Das klingt alles gut, edel und schön. Daß die Parteien in der Bundesrepublik angesichts des konzentrierten Angriffs aus Moskau und Pankow auf Berlin alle Anstrengungen machen müssen, um eine neue Situation herbeizuführen, dürfte eine Selbstverständlichkeit sein. Sicher ist bei einem solchen Versuch auch die gemeinsame Außenpolitik wünschenswert und das zunächst anzustrebende Ziel.

Aber schon bei diesen Feststellungen erhebt sich die Frage, welche "gemeinsame Außenpolitik" das sein soll. Die der Beteiligung an atomaren Wettrüsten, die Politik der systematischen Ablehnung jedes Versuchs, einen deutschen Beitrag zur Entspannung in Europa zu leisten, die Politik des Ignorierens vieler seit 1952 veränderter Gegebenheiten in der internationalen Politik?

Diese Fragen müßten sehr eindeutig geklärt werden, bevor man den Ruf Dr. Adenauers so ernst nimmt wie er es eigentlich verdiente.

Bisher war auf Regierungsseite der Wunsch nach gemeinsamer Außenpolitik stets mit dem Willen verbunden, eine fügsame Opposition heranzubilden, die sich auf die Kanzlerthesen gleichschalten läßt. Wenn die Opposition das nicht tat, dann mußte sie gewärtig sein, von höchster Stelle böse beschimpft zu werden. Mehrfach ist sogar das Wort vom "Untergang Deutschlands" gefallen, der zu erwarten sei, wenn die Politik der Opposition sich durchsetzen würde.

Die Opposition war und ist immer zu einer gemeinsamen Außenpolitik mit der Regierung bereit. Sie kann sogar mit gutem Recht sagen, daß die jetzige Aufforderung an sie zu einer solchen gemeinsamen Politik die früheren Verdächtigungen ausräumt. Denn schließlich ist ja kaum anzunehmen, daß man mit jemandem gemeinsame Außenpolitik machen will, der den "Untergang Deutschlands" herbeiführt.

Es gibt jetzt bereits und ohne große Beteuerungen eine gemeinsame Plattform für die Behandlung der Berliner Frage. Das ist der übereinstimmende Wille aller im Bundestag vertretenen Parteien, die Moskauer Berlin-Vorschläge abzulehnen und zu versuchen, das Berlin-Problem in den Rahmen einer neu zu belebenden internationalen Diskussion über die Lösung des Deutschlands-Problems und die europäische Sicherheit zu stellen.

Im Augenblick befindet sich die Deutschlandpolitik in einer Sackgasse. Die Spaltung Deutschlands und Europas hat sich von Jahr zu Jahr immer mehr vertieft. Deshalb sollte man bei der Erörterung einer neuen gemeinsamen Deutschlandpolitik diesen Tatbestand in Rechnung stellen. Uns allen und besonders den Berlinern wäre damit am besten geholfen. Denn erst der mutige Abwurf des Ballastes der Vergangenheit wird das Schiff der deutschen Außenpolitik wieder flottmachen.

Es ist durchaus zu begrüßen, daß allereits der Wunsch ausgesprochen wird, die gegenseitige Information zu vertiefen. Aber auch hier möchten wir gleich feststellen: Bei dieser Information kann und darf es sich nicht darum handeln, fertige Meinungen entgegenzunehmen. Man muß gewillt sein, verschiedene Informationen - sowohl die der Regierung, wie auch die der Opposition - in das Kalkül einer neu zu bestimmenden Außenpolitik einzusetzen. Die Opposition ist bereit, ihre Möglichkeiten auf dem Gebiet der gegenseitigen Information in die Entwicklung einer gemeinsamen Außenpolitik einzubringen.

Zusammengefaßt: Gemeinsame Außenpolitik ja, wenn in absoluter Loyalität durch Erfahrungs- und Informationsaustausch die tatsächliche Gemeinsamkeit hergestellt werden kann. Wir meinen damit nicht nur die Gemeinsamkeit eines spektakulären Auftretens gegenüber Moskau, sondern auch die Gemeinsamkeit des Handelns und der Zielsetzung der deutschen Außenpolitik.

Großbritannien und die Berliner Krise

E.A., London

Chruschtschows Vorschläge, Berlin zu einer freien Stadt zu machen, sind so wie sie stehen, für die britische Meinung unannehmbar. Nur eine Stimme, die von Alan Taylor in "Sunday Express", hält den Status einer freien Stadt für eine vernünftige Lösung. Aber Taylor und Beaverbrook befürworten bekanntlich den Status quo eines geteilten Deutschlands, - sie repräsentieren insofern die echten "Münchener" heute, so wie Beaverbrook tatsächlich auch ein "Münchener" im Jahre 1938 gewesen ist.

Hugh Gaitskell hat für die Opposition erklärt, eine freie Stadt Berlin, umgeben von der ostzonalen kommunistischen Diktatur, könne nicht lange "frei" bleiben. Über diesen Teil der Chruschtschow Vorschläge lasse sich daher in Isolation nicht sprechen. Aber er verlangte westliche Vorschläge für die deutsche Wiedervereinigung und für europäische Entspannung, "ehe die nächste Krise herankommt".

Obwohl die britische Regierung sofort bei Empfang der sowjetischen Note sich hinter die Stellung verschanzte, zuerst müssen die Berliner selbst entscheiden, Bonn habe den Vortritt bei den Konsultationen über die Note, so schwingen doch Untertöne mit, die erkennen lassen, daß die Rolle Bonns als Stimme der westlichen Allianz zur Sowjetpolitik mit Unbehagen selbst in offiziellen Kreisen empfunden wird. Noch sind die reifliche Prüfung der Note und die Überlegungen, was man nun tun müsse, nicht abgeschlossen. Wenn sie beendet sein werden, dürfte das britische Denken in der Richtung verlaufen, daß die Abweisung der Vorschläge für Berlin verbunden sein müsse mit positiven Gegenvorschlägen. Es dürfte leicht sein, Einigkeit in der Abweisung über die Berlin-Vorschläge im westlichen Lager herzustellen. Differenzen aber dürften sich ergeben, wenn man an die Formulierung eigener Vorschläge herangeht.

Zwar hat Herr Chruschtschow mit seiner Ankündigung, sechs Monate bleibt Zeit zum Verhandeln, dann handeln wir, der westlichen Politik die Deuzenschrauben angesetzt. Doch liegt der Schluß nahe, daß er die Krise um Berlin als Hebel benutzen möchte, um die Verhandlungen über die deutsche Zukunft wieder in Gang zu bringen. Die Art, wie er es tut, macht es klar, daß er nicht auf der Grundlage verhandeln will, die von den Westmächten in ihren Noten vom 30. September vorgeschlagen worden war. Es würde zu nichts führen, wenn man in der Antwort an Moskau die alte Verhandlungsposition einfach wiederholen würde. Läßt aber Chruschtschows

letzte Note genügend Raum, ein Neudenken im westlichen Lager und neue Vorschläge zum deutschen Problem zu ermöglichen? Der Londoner "Observer" verlangt eine Politik, die so aussieht: Eine Weigerung über Berlin (wo die westliche Position schwach ist) zu verhandeln, aber ein Angebot, über Deutschland (wo die westliche Stellung stark ist) zu sprechen. Er nennt es eine Politik, die zugestandenerraßen enorme Schwierigkeiten , aber auch riesige Hoffnungen präsentiert.

Obwohl die britische Außenpolitik zur Zeit infolge ihrer engen Bindung an die amerikanische nicht viel Ellenbogenfreiheit besitzt, läßt es sich nicht denken, daß Selwyn Lloyd bei einer voraussichtlichen Außenministerbesprechung der vier Westmächte die Idee eines elastischen Parierens des sowjetischen Drohung durch positive eigene Vorschläge nicht in die Debatte werfen würde. Solche Vorschläge könnten sehr wohl die Diskussion des Deutschlandsproblems zugleich mit Disengagement und europäischer Sicherheit einschließen, wenigstens denkt so ein sehr beachtlicher Teil der britischen Meinung. Auch offizielle Überlegungen gehen dahin, daß man sich nicht einfach hinter einer Ablehnung der russischen Vorschläge für Berlin verschanzen könne, wie das die ersten Verlautbarungen aus Bonn zu verlangen scheinen.

- + +

" - Das Tragische ist, daß es dem Westen an Phantasie fehlt. Es ist auf die Dauer gesehen niemals möglich, eine Gipfelkonferenz abzulehnen. Die öffentliche Meinung der ganzen Welt geht dahin, daß es alleweil besser ist, am grünen Tisch zu verhandeln... Seit langem sprechen die Russen und die Ostdeutschen von einer Konföderation. Ich bin überzeugt, daß eine solche Konföderation zwischen den beiden Deutschland dem Westen auf lange Sicht durchaus von Vorteil sein könnte, denn jeder weiß, daß das ostdeutsche Regime von der ostdeutschen Bevölkerung nicht besonders geschätzt wird. Ich sehe nicht ein, warum der Westen Rußland und Ostdeutschland nicht in die Enge treiben sollte, um über jene Konföderation zu verhandeln."

Giraudelin in "Le Monde" 28.11.58

+ + +

Terror in Franco-Spanien - eine europäische Schande

sp - Nach zwanzigjähriger Dauer hat das Franco-Regime in Spanien immer noch alle charakteristischen Merkmale eines terroristischen Polizeistaates aufzuweisen. Unsere Abendländer mit ihren Kreuzzugsideen wollen dies zwar nicht wahrhaben, sie sehen in Spanien ein Land, das wert ist, in den Kreis der westlichen Verbündeten aufgenommen zu werden, um die abendländischen Werte von der Freiheit und Würde des Menschen zu verteidigen. Die bittere Wahrheit jedoch ist: Spanien befindet sich auch nach dem Ende eines von Franco provozierten Bürgerkrieges in einem latenten Bürgerkriegszustand mit all seinen düsteren Begleiterscheinungen. Franco-Spanien bleibt ein Schandfleck auf der demokratischen Landkarte Westeuropas, und das Regime kann sich nur mit Mitteln und Methoden behaupten, die Spaniens Namen Unehre tun und für die Demokratie unerträglich sind.

Ungezählte Opfer hat das Ringen zwischen einer freiheitlichen Entwicklung und dem Beharrungsvermögen der Diktatur auf der pyrenäischen Halbinsel zu verzeichnen. Die letzten Opfer sind wieder einmal die spanischen Sozialisten, die die Hauptlast des Freiheitskampfes tragen. Gegen sie richtete sich in diesen Tagen die ganze unmenschliche Wucht des Polizeistaates. Seit September erfolgen laufend Verhaftungen von Arbeitern, bedeutenden Ärzten, Universitätsprofessoren und Anwälten. Oberst Enrique Lymar, ständiger Richter beim Sondergerichtshof zur Unterdrückung von staatsfeindlichen, gegen das Regime gerichteten Handlungen, gehört neben dem alternden Diktator Franco zu den bestgeachteten Männern Spaniens. Unsägliche Qualen haben die Verhafteten - sie stammen aus vielen Wäldern des Landes - zu erdulden. Sie werden Folterungen ausgesetzt, allen Verbindungen zur Außenwelt beraubt.

Als Vorwand für die neue Verhaftungswelle diente den Franco-Scheren die Teilnahme spanischer Sozialisten aus dem Mutterland an der Parteitag der spanischen sozialistischen Axiilpartei in Toulouse im August dieses Jahres. Dieser Kongreß hat keine neuen Weisungen beschlossen, er hat auch nicht zur terroristischen Aktivität aufgerufen - diese Art von Betätigung liegt den spanischen Sozialisten als einer demokratischen Partei fern - er hat nur das getan, wofür alle freiheitlichen Sozialisten

eintreten: für die ewigen Ideen von Freiheit und Demokratie. Nur mit Bewegung kann man die Grundsatzerklärung der spanischen Sozialisten lesen:

"Unsere vordringlichste Aufgabe ist die Befreiung Spaniens. Die Sozialistische Partei wird den Kampf gegen das Franco-Regime mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln fortsetzen, ohne sich in dieser Aufgabe von den neuen Beschützern Francos beirren zu lassen. Trotz der absurden und in Wirklichkeit unhaltbaren Haltung, welche von den Regierungen der großen demokratischen Mächte, hier besonders den USA, gegenüber Franco eingenommen wird, wird es immer offensichtlicher, daß eine friedliche und vernünftige Lösung des politischen Problems Spaniens nur in der Beseitigung des Franco-Regimes zu finden ist, der die Bildung einer provisorischen Nationalregierung zu folgen hat. Diese Regierung wird dann eine Amnestie verkünden, die bürgerlichen Freiheiten wiederherstellen und mit allen Rechten garantierte Wahlen durchführen, in denen das spanische Volk über eine Regierung entscheidet, die von allen Spaniern akzeptiert werden kann".

Die Antwort auf dieses Bekenntnis spanischer Sozialisten lautet: Blut, Unterdrückung und Einkerkierung. Jeder, dem die Demokratie und die Freiheit teuer, Diktatur und Polizeiregime verhaßt sind, sollte darauf drängen, daß die zu erwartenden Prozesse unter internationaler Beobachtung stattfinden und die Mißhandlungen aufhören; wer zu diesem neuentflammten Terror in Spanien schweigt und sein Herz vor den Leiden des unterdrückten spanischen Volkes verschließt, schließt sich aus der Gemeinschaft der europäischen Demokratie und eines freiheitlichen Sozialismus von selbst aus.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel